

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ergänzt im Hinblick auf die im letzten Satz des Beschlussentwurfes „über die Aufbringung des städtischen Anteils weitere Gespräche zu führen“ folgenden Sachstand: Die Verwaltung habe in Abstimmung mit den Beteiligten das Gespräch mit dem Land aufgenommen, um zu prüfen, ob die Annahme der Stadt vom Land so akzeptiert würde, dass die in Rede stehenden 35.000 Euro durch die in dieses Projekt eingehenden Personalkostenanteile durch die Stadt übernommen würden. Dazu habe man bis zur Stunde noch keine endgültige Rückmeldung erhalten.

Für den Fall, dass das Land sich damit nicht zufrieden geben könne, habe er mit dem Vorstand der KEVAG dahingehend Einigkeit erzielt, dass sich die KEVAG um weitere Sponsoren - auch für die 35000 Euro - kümmern werde. Das ändere nichts am Sachverhalt, dass die Steuerung des Projektes über die Stadt erfolge. Auch das sei einvernehmlich mit der KEVAG verhandelt. Diese Verhandlungen hätten in zwei Runden stattgefunden und er habe sich vor zwei Tagen ausdrücklich versichert, dass man sich darüber einig sei, d.h. man könne davon ausgehen, dass hier keine städtischen Mittel zusätzlich zur Verausgabung kämen.

Im Übrigen habe man im zuständigen Fachausschuss mit großer Mehrheit dieses Projekt für attraktiv befunden und sehe sich gefordert, an der Spitze mitzuwirken und die hohe Publizität, die man auf Grund der BUGA genieße, auch zu nutzen, um dieses Projekt zu fördern.

Ferner habe die Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ einen Änderungsantrag eingereicht, der nun vom Antragsteller dargelegt werde.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) legt dar, gemäß dem schriftlich vorliegenden Antrag ihrer Fraktion solle ein Einschub im Beschlusstenor in nachfolgender Form erfolgen: „Die Konzeption umfasst unter anderem eine Auswahl effizienter und funktionaler Infrastrukturen. In diesem Zusammenhang ist sicherzustellen, dass die Leitung der Landstationen vom örtlichen Netzbetreiber zur Verfügung gestellt wird und parallel die Ladestation über intelligente Systeme verfügt, damit nach 2011 jeder Tankstellennutzer seinen Strom (z.B. Ökostrom) unterschiedlicher Anbieter anmelde- und zugangsgeschützt beziehen kann.“ Der Änderungsantrag sei entstanden, weil man in der Beschlussvorlage keinen Hinweis in diese Richtung gefunden habe. Sie habe im August diesen Jahres eine Anfrage gestellt, die seitens des BUGA-Projektbüros beantwortet worden sei. Dort hieße es, dass diese Ladestationen nur KEVAG-Strom anböten. Dass der KEVAG-Strom 2011 während der BUGA ausschließlich angeboten würde, könne sie noch nachvollziehen, aber innerhalb dieses Projektes halte sie es für erforderlich. Zumal dies auf andere Kommunen übertragbar sein solle, müsse sichergestellt sein, dass jeder Bürger seinen Strom von sämtlichen Anbietern tanken könne. Für ihre Fraktion sei es vollkommen nachvollziehbar, dass die KEVAG lediglich ihr Netz zur Verfügung stelle, aber man den Strom anderer Anbieter tanken könne.

Rm Biebricher (CDU) führt aus, mit dem heutigen Beschluss nehme Koblenz eine Vorreiterrolle im nördlichen Rheinland-Pfalz ein bei der Elektromobilität. Die Stadt investiere gemeinsam mit dem Land und der KEVAG eine halbe Million Euro in den nächsten 3 Jahren in diese Zukunftstechnologie. Er denke, dies werde Koblenz sehr gut tun. Man werde langfristig ökonomisch und ökologisch davon profitieren. Zudem werde man einen erheblichen Imagegewinn als innovative und ökologisch ausgerichtete Stadt erzielen. Die CDU-Fraktion freue sich, dass der von ihr gestellte Antrag vom Mai diesen Jahres nicht nur zu 100 % übernommen und ausgearbeitet, sondern auch in so kurzer Zeit umgesetzt worden sei. Dies seien weniger als 6 Monate gewesen. Man wolle sich nicht nur selbst loben, sondern in diesem Fall die

Verwaltung sowie die KEVAG, die die Angelegenheit sehr schnell umgesetzt hätten. Deswegen könne die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt er an, dies sei im Umweltausschuss einmal erklärt worden von Herrn Wieczorek (KEVAG), wonach es schon genau so laufe, wie dies der Antragsteller haben wolle. Diese Ladesäulen seien passend zur Stadt Koblenz alle intelligent – in anderen Kommunen sei dies teilweise anders – und man könne vergleichbar dem Rooming beim Handy dort tanken und es würde beim jeweiligen Stromanbieter abgerechnet, den man selbst bevorzuge. Dies sei kein Problem. Somit wäre der Änderungsantrag eigentlich überflüssig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig äußert, ihm wäre wohler - auch im Lichte der Berichterstattung des Vorredners, deren Richtigkeit er hier weder bestätigen noch verneinen könne -, wenn man dies als Prüfbitte formulieren würde. Diese Überlegung resultiere auch daraus, dass es sich vorliegend um ein Projekt handele, das man nicht mit kommunalen Mitteln zu betreiben habe, sondern welches in Kooperation mit einem Partner gestemmt werden könne. Ihm läge sehr daran, diesen Partner „nicht mit einer Keule zu attackieren“, sondern ihm sei daran gelegen, dass die Verwaltung gebeten werde, mit der KEVAG dahingehend zu erhandeln, dieses Anliegen zu ermöglichen. Wenn es aber als Voraussetzung für die Realisierung des Projektes definiert würde, fühle er sich sehr unsicher, weil dies seitens seiner Person bisher mit der KEVAG nicht ausverhandelt worden sei. Er sei sich nicht sicher, ob Rm Biebricher die richtige Erinnerung an den Sachverhalt haben könne. Er fragt den Antragsteller, ob man sich dahingehend verständigen könne, dies in Form einer qualifizierten Prüfung zu formulieren.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) merkt an, es ginge bei dem Antrag um den Grundsatz, dass die EU aus gutem Grund die Netze getrennt habe von der Erzeugung. Was man vorliegend auf den Weg bringe, sei eine Endstelle der Entnahme und diese müsse wie jede andere zu KEVAG-Netz gehören. KEVAG-Netz müsse die Investition vornehmen und die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Dann komme die Intelligenz hinzu, die derzeit noch nicht da sei. Deshalb verkaufe die KEVAG keinen Strom, sondern sie verschenke diesen 1 Jahr lang, weil sie nicht in der Lage sei, jetzt die Intelligenz zu liefern. Dieser Prozess befinde sich noch im Werden. Das sei nach Kenntnis der Grünen-Fraktion der aktuelle Sachstand. Es müsse gewährleistet sein, dass jeder Endverbraucher seinen Strom beziehen könne. Dann sei das System in Ordnung und von Anfang bis Ende richtig durchdacht. Alles andere wäre eine Bevorteilung von einem Anbieter im Raum Koblenz. Dies dürfe nicht sein. Mit dem Land müsse dies ebenfalls besprochen werden, denn dies sei sonst ein Systembruch.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig äußert, er schließe nicht aus, dass der Antragsteller Recht habe. Aber die Frage sei, ob man die Angelegenheit so apodiktisch formulieren müsse wie bisher. Man könne dort herauslesen, dass dies Voraussetzungen für die Akzeptanz des ganzen Konzepts seien. Dies sei sein einziges Problem. In der Sache habe er mit dem Begehren kein Problem. Es ginge im Kern darum, ob man dies so beschließen könne, ohne mit den Partnern darüber gesprochen zu haben. Das man dies im Ziel gerne so hätte, daran gebe es keinen Zweifel.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) verweist auf die Anfrage ihrer Fraktion in der Angelegenheit und auf die dazugehörige Antwort des BUGA-Projektbüros. In dieser Antwort werde ausgeführt, dass nur Strom von der KEVAG zur Verfügung gestellt werden könne. Damit sei sie als Grüne nicht einverstanden. Da sie aber gedacht habe, dass man ein Projekt so nicht angehen könne, habe sie versucht, sich kundig zu machen. Vom Umweltamt habe sie keine klare

Auskunft erhalten können, ob der Änderungsantrag in der vorliegenden Form umgesetzt werden könne. Daraufhin sei noch einmal bei der KEVAG nachgefragt worden und dort habe man bestätigt, dass diese Möglichkeit bestehe. Deshalb könne man den Zusatz noch im Beschlusstenor aufnehmen, um auf der sicheren Seite zu sein. Aber technisch sei dies möglich. Sie habe sich in der Zwickmühle befunden, dass sie zwei unterschiedliche Auskünfte von der KEVAG erhalten habe, da das BUGA-Projektbüro sowie das Umweltamt sich ebenfalls an die KEVAG gewandt hätten. Daher habe sie im Rat einfach sicher gehen wollen. Das sei der Hintergrund des Änderungsantrags.

Rm Langner (SPD) bittet namens der SPD-Fraktion darum, den Antrag der Grünen in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Die KEVAG sei an der Stelle nicht alleine auf dem Markt und wenn sich der Markt so entwickle, wie dies alle wünschen würden, dann kämen an dieser Stelle noch weitere Mitbewerber ins Spiel. Die SPD-Fraktion begrüße es, dass Koblenz ein Teil des Kompetenznetzwerks „Elektromobilität“ werde, das die Landesregierung im April 2010 vorgestellt habe. Er wolle an dieser Stelle auch die Verwaltung loben, weil es bereits im März 2010 eine Kontaktaufnahme des Amtes 36/Umweltamt mit dem Umweltministeriums und der KEVAG in dieser Frage gegeben habe, woraufhin weitere Gespräche in der Angelegenheit erfolgt seien, so dass dieses Projekt auch von Seiten der Verwaltung initiativ verfolgt worden sei, was man sehr lobe. Daher trage die SPD-Fraktion die Beschlussfassung mit. Man habe bezüglich der Unterstützung der Landesregierung auch mit dem Pfund BUGA 2011 wuchern können, was sicherlich ein wesentliches Maßnahmekriterium gewesen sei, warum Koblenz in besonderer Weise von dem Projekt profitiere.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erinnert zunächst daran, dass alle Fraktionen dem vorhergehenden Ratsantrag zugestimmt hätten. Er selbst könne gut mit KEVAG-Strom leben, sei aber auch damit einverstanden, dass später andere Energieversorger ihren Strom an die Tankstellen liefern würden. Er erwarte dann aber auch, diese anderen Versorgungsunternehmen ebenfalls auf der Sponsorenliste der Stadt Koblenz wieder zu finden.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) betont, es ginge vorliegend nicht um „Pro“ oder „Kontra“ KEVAG, sondern es sei eine Systemfrage. Man wolle nicht mehrere Zapfsäulen nebeneinander sondern eine, die die Möglichkeit biete, viele Anbieter zu gewährleisten. Dies sei die Entwicklung der Zukunft und man wolle verhindern, dass etwas falsch gemacht werde.

Rm Kaiser (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion könne den Grünen an dieser Stelle nur zustimmen. Er sei froh, dass die Diskussion hier aufgebracht worden sei. Zudem halte er es für unschädlich, diese Forderung in den Beschlusstenor aufzunehmen. Das einzige, das vielleicht Probleme bereiten könne, sei die konkrete Nennung von 2011. Wenn man die Forderung langfristig umformuliere, müsse eigentlich klar sein, dass langfristig andere Anbieter auch die Einrichtungen nutzen müssen könnten. Ansonsten sehe er schon ein Problem, ein KEVAG-Monopolnetz aufzubauen, das nicht dem System entspreche. Denn dies könne nicht im Interesse der Stadt sein. Wenn man die Hürde „2011“ im Antrag der Grünen weicher formuliere, könne man diesen in die Beschlussfassung aufnehmen, ohne dass es zu Problemen mit der KEVAG kommen sollte hinsichtlich Nachverhandlungen.

Im Licht der Diskussion stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion den nachfolgend geänderten Antrag zur Abstimmung:

„Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob wie folgt vorgegangen werden kann:  
Die Konzeption umfasst unter anderem eine Auswahl effizienter und funktionaler Infrastrukturen.  
In diesem Zusammenhang ist sicherzustellen, dass die Leitung der Landstationen vom örtlichen  
Netzbetreiber zur Verfügung gestellt wird und parallel die Ladestation über intelligente Systeme  
verfügt, damit nach 2011 jeder Tankstellennutzer seinen Strom (z.B. Ökostrom) unterschiedlicher  
Anbieter anmelde- und zugangsgeschützt beziehen kann.“  
Der Stadtrat stimmt dem oben genannten Änderungsantrag einstimmig zu.